



Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 12. April 2018

von

GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA

Betrifft: Lehrstellen für AsylwerberInnen und anerkannte Flüchtlinge

Die Themen Migration und Integration sind schon längere Zeit sowohl in medialen Diskursen als auch in den Sorgen und Überlegungen vieler Menschen sehr präsent. Leider hat sich die Debatte in den letzten Monaten und Jahren zunehmend in eine emotional sehr aufgeladene, oftmals von unterschiedlichen Ängsten und deren politischer Verwertung angetriebene Richtung entwickelt. In dieser aufgeladenen Stimmung werden lieber symbolische Maßnahmen wie das derzeit diskutierte Kopftuchverbot anstatt umfassender integrationspolitischer Maßnahmen, von denen beide Seiten profitieren könnten, gesetzt. Oftmals werden auch völlig unterschiedliche Kategorien wie Asyl und Migration miteinander vermischt.

Unabhängig von der jeweiligen ideologischen Ausrichtung sollte so viel klar sein: Wir sind gemäß der Genfer Flüchtlingskonventionen verpflichtet, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren und es ist ein Menschenrecht, Asyl zu beantragen. Die jetzigen sehr restriktiven Bestimmungen ermöglichen AsylwerberInnen unter 25 nur den Zugang zu Lehrstellen in Mangelberufen. Gleichzeitig ist allgemein bekannt, dass es in Österreich einen massiven Lehrlings- und FacharbeiterInnenmangel gibt und viele Betriebe händeringend Lehrlinge suchen. Noch 2017 forderte der AMS-Chef Johannes Kopf deswegen eine generelle Öffnung des Lehrstellenmarkts für AsylwerberInnen mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit.

Nicht zuletzt ist unbestritten, dass eine frühzeitige Heranführung an das österreichische Ausbildungssystem und an den österreichischen Arbeitsmarkt die späteren Integrationschancen deutlich verbessert. Je länger gerade junge Menschen ohne geregelte Tagesstruktur und ohne konkrete Aufgabe in den Tag hineinleben, desto schwerer kann später Anschluss an den Arbeitsmarkt gefunden werden. Über die Wichtigkeit des Zugangs von Asylwerbern und Asylwerberinnen wurde im Grazer Gemeinderat in der Vergangenheit schon öfter diskutiert. Die große Mehrheit der hier

vertretenen Fraktionen hat eine Öffnung des Arbeitsmarktes für diese Gruppe bis dato auch immer befürwortet und eine entsprechende Petition an den Gesetzgeber unterstützt.

Die jetzige Regelung funktioniert in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gut: In Oberösterreich sind beispielsweise rund 275 AsylwerberInnen in Lehre, während es in der Steiermark im Vergleich dazu nur 87 sind. Warum die Zahlen so unterschiedlich sind, lässt sich an den unterschiedlichen Initiativen festmachen. Um AsylwerberInnen in Lehrberufe zu vermitteln, braucht es Engagement und in vielen Fällen Überzeugungsarbeit in den Betrieben. Da AsylwerberInnen nicht Zielgruppe des AMS sind, kann dieses Engagement nur von der Landes- und/oder Stadtebene ausgehen bzw. wird in der Praxis darüber hinaus von vielen Ehrenamtlichen getragen. So wurden die hohen Zahlen in Oberösterreich unter anderem dadurch erreicht, dass das Land Oberösterreich eine Aufklärungsinitiative in Richtung der Betriebe startete, mehrsprachige Infobroschüre zum Thema Lehre herausgibt, die alle AsylwerberInnen in Oberösterreich bekommen und regelmäßige Steuerungsgruppen eingerichtet hat. Die mühsam aufgebauten Netzwerke, die für die Vermittlung von Lehrstellen nötig sind, werden allerdings durch die jetzige Abschiebep Praxis gefährdet: Es häufen sich Berichte von Abschiebungen direkt vom Ausbildungsbetrieb weg. Eine Petition des oberösterreichischen Landesrats Rudi Anschöber gegen Abschiebungen von Lehrlingen wurde bereits von über 40.000 Menschen unterzeichnet.

Wie es anders ginge, zeigt Deutschland mit seinem 3+2-Modell vor. Asylsuchende haben dort eine Garantie, unabhängig vom Ausgang ihres Asylverfahrens eine dreijährige Ausbildung zu absolvieren und danach noch zumindest zwei Jahre zu arbeiten. Für Betriebe ist diese Regelung natürlich sehr wichtig, da sie damit sicher sein können, dass aufgenommene Lehrlinge ihre Lehre auch zur Gänze absolvieren dürfen und dann als ausgebildete Fachkräfte weiter zur Verfügung stehen.

Aber auch für anerkannte Flüchtlinge, die einen positiven Asylbescheid erhalten haben, gestaltet sich die Lehrstellensuche schwierig. Über meine Arbeit als Integrationsberaterin lerne ich viele junge Menschen kennen, die unbedingt eine Ausbildung beginnen wollen, aber keine Lehrstelle finden. Es braucht hier dringend mehr Angebote wie die im Februar gestartete Talentküche Graz, die als einjähriger Vorbereitungskurs gezielt in Theorie und Praxis auf eine Lehre in der Gastronomie vorbereitet.

Welche Maßnahmen werden derzeit von den politischen Verantwortlichen in Graz gesetzt? Zu dem wesentlichen Thema Ausbildung gibt es wenig Informationen oder Neuigkeiten. Dabei könnte Graz hier durch die Entwicklung von verschiedenen Vorbereitungskursen für MigrantInnen und anerkannte Flüchtlinge, die gezielt auf bestimmte Lehrberufe vorbereiten, eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Einrichtung einer Lehrlingsdrehscheibe könnte das „matching“ von Betrieben und potentiellen

Lehrlingen erleichtern. Die Stadt Graz als große Lehrlingsausbildnerin könnte auch gezielt Unterstützungsangebote für Lehrlinge mit Migrationshintergrund entwickeln. Nicht zuletzt könnte sich Graz auf Bundesebene für einen Abschiebestopp von AsylwerberInnen in Lehre einsetzen.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

- 1.) Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die Bundesregierung heran, um einen Abschiebestopp von AsylwerberInnen in Lehre im Sinne des 3+2-Modells in Deutschland zu erwirken.
- 2.) Der zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, gemeinsam mit dem Integrationsreferat sowie der Wirtschaftsabteilung konkrete Maßnahmen zur Unterstützung von AsylwerberInnen und anerkannten Flüchtlingen bei der Lehrstellensuche zu entwickeln und diese den Ausschüssen für Integration sowie Wirtschaft zur Beratung vorzulegen. Der Schwerpunkt soll dabei insbesondere auf der aktiven Informations- und Vernetzungsarbeit sowie im Fall der anerkannten Flüchtlinge in der Schaffung von auf die Lehre vorbereitenden Kursen und einer Lehrlingsdreh Scheibe liegen.
- 3.) Stadtrat Kurt Hohensinner wird weiters ersucht, mit der zuständigen Integrationslandesrätin Gespräche über die verschiedenen Maßnahmenpakete und deren Finanzierung zu führen.